



# Mitteilungen aus dem Bundesarchiv

Heft 1/2009  
17. Jahrgang



1949 1959

ZEHN JAHRE  
**NATO**

EIN BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN



<b>Zu diesem Heft</b>	3
<b>Perspektiven</b>	
03.03.09 <i>Hartmut Weber</i>	4
<b>Vortrag</b>	
Die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 – eine geglückte Demokratie? <i>Edgar Wolfrum</i>	5
<b>Beitrag</b>	
ARGUS – die Entwicklung der archivischen Rechercheplattform und Erfahrungen mit ihrer Nutzung <i>Elrun Dolatowski, Kristina John, Angelika Menne-Haritz</i>	15
<b>BEITRÄGE AUS DEN ABTEILUNGEN</b>	
<b>Abteilung Deutsches Reich</b>	
Zusammenführung geteilter Überlieferungen im Bestand Auswärtiges Amt (bis 1945) <i>Simone Walther</i>	22
Wo sind all die Akten hin ...? Das Schicksal der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP <i>Sabine Herrmann</i>	25
<b>Abteilung DDR</b>	
DC 20 Ministerrat der DDR – Zentrales Erschließungsvorhaben des Referates DDR 1 auf der Zielgeraden <i>Evelyn Grünspek</i>	30
Organisationsstruktur und Ausrüstung der Volkspolizei der DDR. Online-Findbuch zum Bestand DO 1 Ministerium des Innern, Teil Stab-Organisation <i>Kerstin Risse</i>	32
Geplante Forschungen. Neues Online-Findbuch zum Bestand DF 4 Ministerium für Wissenschaft und Technik <i>Gisela Haker</i>	36
Projekt zur Digitalisierung der Druckgenehmigungsakten für Belletristik, Bestand DR 1 Ministerium für Kultur der DDR <i>Johanna Marschall-Reiser</i>	40
<b>Abteilung MA</b>	
60 Jahre NATO – 10 Jahre NATO-Archiv: Archivische Kernaufgaben im multinationalen Kontext <i>Andreas Kunz</i>	42
Die evangelische Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Ein Erschließungsprojekt im Bundesarchiv-Militärarchiv <i>Beatrix Kuchta</i>	50

**Abteilung FA**

- Endstation Archiv? Öffentlichkeitswirksame Potenziale der Filmbenutzung 55  
*Babette Heusterberg*

**Stiftung**

- Das Theaterensemble des Kulturpalastes Chemnitz und die „Sorge um den Menschen“ 60  
der Gewerkschaft Kunst  
*Tobias Schenk, Danny Weber, Katrin Wenzel*
- Zur Erstbearbeitung des Nachlasses von Emil Eichhorn durch Käte Duncker im Sommer 1926 66  
*Grit Ulrich, Heinz Deutschland*

**Nachrichten**

- 50 Jahre Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg 69  
*Tobias Herrmann*
- Auf Stauffenbergs Spuren: Vom Kino-Ereignis zur Archivführung 71  
*Achim Koch*
- Die Software PERSEUS – eine neue Anwendung für Personenkarteien 74  
*Petra Rauschenbach*
- Bundesarchiv-Behördenberatung – elektronische Akten (BBeA): Praxistag und Informationsforen 75  
*Kerstin Schenke*
- Nachlass Ernst von Weizsäcker (N 1273) im Original übernommen 77  
*Achim R. Baumgarten*
- Kleiner Nachlasstausch mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgeschlossen 77  
*Achim R. Baumgarten*
- Unterstützung des Bundesarchivs für das Kreismuseum Wewelsburg 77  
*Achim R. Baumgarten*
- Eine Ausstellung des Bundesarchivs in Berlin 79  
*Gisela Müller*

## Die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 – eine „geglückte Demokratie?“\*

Täuschen wir uns nicht: Die Bundesrepublik vor 1989 war keine Schrebergartenidylle. Es gab harte Krisen. Und das Grundgesetz ist 1948/49 nicht von ein paar alten Männern und einigen wenigen alten Frauen in weltfremder Abgeschlossenheit auf Schloss Herrenchiemsee, dem Rittersturz bei Koblenz und in Bonn verfasst worden. Wir können uns die Situation nicht dramatisch genug vorstellen: Vorausgegangen war der schärfste Zivilisationsbruch der modernen Geschichte, Vernichtungskrieg und Holocaust, und als die Beratungen zum Grundgesetz begannen, war mit Wucht der Kalte Krieg aufgezogen, dessen erster Höhepunkt die Berlin-Blockade war; nicht wenige fürchteten einen Dritten Weltkrieg. In jenen, die das Grundgesetz schufen, manifestierte sich die Opposition gegen den Nationalsozialismus. Und vor allem: Das Grundgesetz war eine Weltneuheit – die erste posttotalitäre Verfassung nach 1945<sup>1</sup>.

Wer bestehen will, darf sich einem Wandel nicht verschließen, Tradition ohne Reform verkommt zu verwaltetem Irrtum. Die Bundesrepublik war und ist eine Wohlstandsgesellschaft mit hoher Reformfähigkeit. Reformbedarf und Reformdruck gingen immer Hand in Hand. Die deutsche Demokratie hat sich seit ihrer Gründung immer gewandelt, mal allmählich und still, mal rasch und ungestüm. 1949 war nicht klar, wie sich dieser „künstliche Homunkulus“ Bundesrepublik entwickeln würde, ob er überhaupt eine Lebenschance hatte. In den 60er Jahren hielten manche die Bundesrepublik bereits für hyperstabil und starr; die provokative Frage von Karl Jaspers „Wohin treibt die Bundesrepublik?“<sup>2</sup> zwang zur öffentlichen Auseinandersetzung. In den 70er Jahren war es die breite Debatte um den deutschen „Identitätsverlust“ und die Bedrohungen durch Terrorismus und Weltwirtschaftskrisen, die die Republik verunsicherten. In den 80er Jahren tauchte das Menetekel der atomaren Vernichtung und der globalen Umweltkatastrophen auf und führte den Deutschen die „Risikogesellschaft“ grell vor Augen.

Die Wandlungsprozesse der Deutschen von 1949 bis heute – innerhalb von nur 60 Jahren, eine kurze

Zeit in der Weltgeschichte – waren enorm. Vor dem Hintergrund der bisherigen Geschichte ist die Bundesrepublik so etwas wie ein Glücksfall. Man wird sich fragen: Welches sind die Maßstäbe? Wir haben im Grunde genommen nur zwei:

1. vergleichbare westliche Länder, wie Frankreich oder England, und
2. die bisherige deutsche Geschichte.

Im Begriff der „geglückten Demokratie“<sup>3</sup> schwingt Vieles mit: Das Glück des – fast will man sagen „unverdienten“ – Neuanfangs, also das Zufallsglück. Dieses Glück entsprang eben keineswegs nur eigenem Verdienst, sondern war vielmehr von außen gekommen und der internationalen Lage geschuldet. Von der Gunst der Stunde konnten die Westdeutschen profitieren, allein schon dadurch, dass sie – anders als die Ostdeutschen – auf der „richtigen“ Seite des Kalten Krieges standen. Nicht weil die Menschen anders, sondern weil die Strukturen anders waren, gestaltete sich diese alles in allem glückliche Entwicklung im Westen so viel wirkmächtiger als im Osten. „Glück“ hatten die Westdeutschen auch mit ihren Kanzlern, allgemein mit ihren Regierungen, was freilich auch der Regierungskunst, gesellschaftlichen Lernprozessen und dem Abbau von Demokratiedefiziten entsprang. Geglückt ist die zweite deutsche Demokratie nicht zuletzt mit Blick auf das Schicksal der ersten, der „gescheiterten“ Weimarer Republik.

### „German Angst“

Dennoch war die Bundesrepublik von Beginn an mit kulturpessimistischen Untergangsvisionen konfrontiert, und viele fürchteten, dass Bonn eben doch Weimar werden würde<sup>4</sup>. Solche Untergangsszenarien haben in Deutschland seit Oswald Spenglers in den 1920er Jahren Furore machenden Buches „Der Untergang des Abendlandes“ immer Konjunktur gehabt, bis heute. Dies geht à la longue auf Reformation und Trauma des Dreißigjährigen Krieges zurück.

\* Vortrag bei der Eröffnung der Ausstellung „Aus 4 werden 2. Die „doppelte Staatsgründung“ am 17. Juni im Bundesarchiv in Koblenz.

In jüngerer Zeit waren in Deutschland die Staatsgebilde nur von kurzer Dauer, sodass die „Untergangshäufigkeit“ beispiellos in der Weltgeschichte ist. Ängste gehören deshalb zur deutschen Psyche. Innerhalb eines Jahrhunderts sind vier deutsche Staaten untergegangen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ und die DDR. Nur die Bundesrepublik hat, wenn auch verändert, bis heute überdauert. Aus den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts erwächst eine Identitätsunsicherheit, die ständige Frage: Wer sind wir, woher kommen wir? Daraus ist eine Art Volksmentalität geworden. Die Deutschen sind nie angekommen, sie sind immer auf der Suche. Dieser Hang zu Schwermut und Pessimismus gehört zur sprichwörtlichen „German Angst“<sup>5</sup>. Professionelle Schwarzmalerei beschwören Untergangsszenarien. In Deutschland gibt es offenbar keine normalen Krisen, immer gleich Katastrophen, „Absturz eines Superstars“<sup>6</sup>, bedingungsloses Scheitern. Die Bundesrepublik Deutschland begleitete eine permanente Krisen- und Verdrossenheitsdebatte.

Das Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik ist jedoch, dass die Katastrophe ausblieb und dass dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden

ist. Im Ausland versteht man den deutschen Jammer nicht. Nach einer neuen weltweiten Umfrage der BBC, durchgeführt in 21 Ländern, nimmt die Bundesrepublik den Spitzenplatz im Ranking der großen Staaten ein. Die einfache Frage war, ob der Einfluss des jeweiligen Landes in der Welt vom Befragten eher positiv oder eher negativ beurteilt wird. 61 Prozent fanden Deutschlands Einfluss positiv<sup>7</sup>. Dies ist nach zwei Weltkriegen, der NS-Diktatur und dem Zivilisationsbruch des Holocaust mehr als bemerkenswert. Fremdperspektive und deutsche Eigenperspektive liegen meilenweit auseinander. Das Ausland staunt über die „geglückte Demokratie“, in Deutschland selbst gewinnt man den Eindruck von einer „nörgelnden Demokratie“.

### Stabilisierungsfaktoren

Der ökonomische Nachkriegsboom der 1950er bis Mitte der 60er Jahre war außergewöhnlich und einmalig in der Weltgeschichte<sup>8</sup> – ein „goldenes Zeitalter“. Unsere nachfolgende Geschichte nach dem Boom ist im Grunde die erste normale Epoche. Wir leben in Zeiten der Normalisierung, nicht nur der Krise. Die Rückschau auf den Boom



Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates (M.), verkündet am 23. Mai 1949 das Grundgesetz (v.l.: H. Weber; H. Schäfer; A. Schönfelder; J. Stock). Bundesarchiv, B 145 Bild-D0022155 (Munker)

in der Mitte des Jahrhunderts lehrt fast gar nichts darüber, wie Wachstum in Zeiten der neuerlichen Globalisierung erreicht oder erhalten werden kann.

Man muss jedoch sagen: Die Welt ist mehr Nicht-Krise als Krise. Der ökonomische Wohlstand hat aus den Westdeutschen nach 1949 gute Demokraten gemacht, sie mit der Demokratie versöhnt. Und der Sozialstaat, wie er seit den 1950er Jahren ausgebaut wurde, war die große Integrationsklammer für eine neue Gesellschaft, zu denken ist allein an die zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen.

Stabilitätssehnsucht und Sozialangst gingen in Deutschland immer Hand in Hand. Gerechtigkeit wird nahezu als Synonym von „sozialer Gerechtigkeit“ verstanden. Weil die Deutschen im 20. Jahrhundert ein gebeuteltes Volk waren, suchten sie nach Sicherheit; Sozialpolitik wurde so zur allgemeinen Konsensstifterin<sup>9</sup>. Dennoch wurden soziale Unterschiede und Ungleichheitsstrukturen perpetuiert<sup>10</sup>. In Deutschland ist die Mittelschicht mit der Unterschicht – leidlich – solidarisch, aber weite Teile der Oberschicht haben sich ausgeklinkt.

Zwar verfügte die Bundesrepublik mit dem Grundgesetz, das durch die Katastrophenerfahrung des Nationalsozialismus geprägt und in dem Weimar als negative Folie immer gegenwärtig war, über eine Grundrüstung beim Eintritt in die Demokratie, doch musste diese erst mit Leben gefüllt werden und sich in der Praxis bewähren. Im Gründungsjahrzehnt, in den Jahren von 1949 bis 1959 – der formativen Phase –, entschied sich somit Erfolg oder Misserfolg der zweiten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden.

Die wichtigsten Elemente für eine Stabilisierung waren – neben dem Kalten Krieg, dem Wirtschaftsboom und der dadurch ermöglichten Sozialpolitik – eine funktionale und, das muss betont werden, auch skandalöse Politik in Hinblick auf die NS-Funktioneliten und den Umgang mit der Vergangenheit, denn diese Eliten wurden weniger bestraft als vielmehr in den neuen Staat integriert<sup>11</sup>. Sodann: Das Parteiensystem, die 5-Prozent-Hürde, die wehrhafte Demokratie und der Antikommunismus haben die Bundesrepublik stabilisiert. Die CDU sog in den 1950er Jahren wie ein Staubsauger viele

kleinere konservative Parteien auf<sup>12</sup>. Rechts- und linksextreme Parteien wurden verboten.

Das 3-Parteien-System stabilisierte die junge Demokratie enorm. Die heute wieder geführte Debatte über Parteienverdrossenheit und die Unregierbarkeitsdebatte ist nicht neu; es gibt sie seit den 1970er Jahren. Was die alte Bundesrepublik trotz aller Krisen gezeigt hat, war Zukunftslust, Zukunftsgewissheit, gepaart mit dem Bewusstsein, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern immer neu errungen werden muss; daraus entstanden in den 70er Jahren die neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen. Man könnte zuspitzen: Wenn Konrad Adenauer Vertrauen in eine noch autoritäre Demokratie begründet hat, so Willy Brandt die Leidenschaft für die demokratische Staatsform. Vertrauen und Leidenschaft sind das Elixier für eine lebendige Demokratie.

### **Bonn ist nicht Weimar – Lernprozesse**

Anders als der Weimarer Republik war Bonn viel Zeit zum Lernen vergönnt. So wurde die Bundesrepublik zu einer lernenden Demokratie, und die Lernprozesse sind das Entscheidende des Erfolges. Aus defensiven Demokraten wurden allmählich offensive. Wie man es auch dreht und wendet: Niemals in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der den Ansprüchen der Menschen nach Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit in derart bemerkenswerter Art und Weise gerecht zu werden vermochte. Die Bundesrepublik war der wichtigste Durchbruch zur Demokratie in Deutschland.

Die Furcht vor einer Wiederkehr der Weimarer Verhältnisse stand 1949 an der Wiege des Bonner Grundgesetzes. Fast hatten seine Väter und Mütter einen Ballhauschwur geleistet: aus diesen schlimmsten Erfahrungen lernen. Tatsächlich blieb eine neuerliche Katastrophe aus. Die wichtigste Lehre, die das Grundgesetz aus der Weimarer Entwicklung gezogen hat, ist die Begrenzung der Verfassungsänderung nach Artikel 79 Absatz 3: Der Kern der demokratischen Verfassung ist jeder legalen Änderung entzogen. Die Demokratie kann nicht in eine Diktatur oder Monarchie umgewandelt werden. Dies ist deswegen so zentral, weil in der Weimarer Zeit sowohl die Nationalsozialisten als

auch die Kommunisten ihre klare Zielsetzung, mit der demokratischen Verfassung Schluss machen zu wollen, als rechtmäßig ausgeben konnten. Hitler postulierte, mit legalen Mitteln die Demokratie aushebeln und abschaffen zu wollen. Nach dem überwiegenden Verständnis der Weimarer Verfassung war dies völlig legal, weil man die Demokratie mit Zwei-Drittel-Mehrheit in eine Diktatur verwandeln konnte. Das sogenannte Ermächtigungsgesetz ist 1933 formell mit verfassungsändernder Mehrheit verabschiedet worden. Zur Ehrenrettung der Weimarer Verfassung muss betont werden, dass damals keine demokratische Verfassung der Welt eine Sicherung des Verfassungskerns gegen Verfassungsänderungen enthielt.

Verfassungen, das muss man sich klar machen, sind Rahmen und Richtmaß der Politik – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie die Politik den Rahmen ausfüllt und wie sie Ziele verwirklicht, ist eine ganz andere Sache. Entscheidend ist nicht unbedingt die Konstruktion der Verfassung, sondern die Situation der Zeit. Das gesellschaftliche Einverständnis zum Grundgesetz wuchs nach 1949 in einer langen Periode von Frieden und Wohlstand. Unvorhersehbare Gefahren von Existenz bedrohender Größe blieben glücklicherweise aus. So konnte sich der Konsens der demokratisch gesonnenen Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Er war nicht von Anfang an vorhanden. Die Schönwetterphase dauerte lang – auch dies war nicht allein Verdienst, sondern auch Glück. Die Bundesrepublik hatte im Übermaß das, woran es Weimar so sehr mangelte: Ruhe und Glück. Weimar hingegen war von Hektik und Tragik geprägt<sup>13</sup>.

Das konstruktive Misstrauensvotum bildet seit 1949 ein Glanzstück deutschen Verfassungsrechts. Und der Bundespräsident wurde vollständig in das System einer repräsentativen und föderalen Demokratie eingefügt, ganz anders als der Reichspräsident in Weimar. Jene, die heute seine Volkswahl fordern, haben diesen wichtigen verfassungspolitischen Clou nicht begriffen. Es gibt keine Doppelherrschaft zwischen Parlament und Ersatzmonarch mehr. Endlich positiv beschrieben ist die Rolle der politischen Parteien. Dies ist ein großer Fortschritt, denn in Weimar galt die Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien als unpatriotisch. Als wehrhafte Demokratie kann die Bundesrepublik ihre Feinde bekämpfen. Dass die Staatsgewalt

ausnahmslos an das Recht gebunden ist, war eine Lehre aus dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches. Doch der größte Erfolg unseres Verfassungssystems ist die Verfassungsgerichtsbarkeit.

Nach den friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989 und dem Untergang des Kommunismus sehen wir in etlichen Transformationsstaaten deutsche Verfassungstraditionen: Der Grundrechtsteil vieler Verfassungen in den ostmitteleuropäischen Ländern beruht vor allem auf dem deutschen Grundgesetz von 1949 – das übrigens auch die spanische Verfassung nach dem Tod Francos und der Demokratisierung seit 1975 stark beeinflusste – und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Fast überall ist die Verfassungsgerichtsbarkeit nach dessen Modell übernommen. Doch die Rolle des Staatspräsidenten ist in vielen ostmitteleuropäischen Verfassungen nach dem Vorbild des französischen Staatspräsidenten festgelegt worden. Dieses wiederum ist allerdings nach dem Muster der Weimarer Verfassung ausgestattet.

Selbstverständlich hat das Grundgesetz Veränderungen erfahren: So hat es Grundrechtsverkürzungen durch Staatszielbestimmungen in den vergangenen 60 Jahren über sich ergehen lassen müssen. Bilden Grundrechte Grenzen für staatliches Handeln – oder bilden sie vielmehr Ansprüche auf politische und soziale Teilhabe? Andere Fragen drängen sich auf: Ob man „echte“ von „unechten“ Misstrauensvoten unterscheiden kann, bleibt bis heute zweifelhaft. Dass die Parteienfinanzierung nötig, aber vielleicht nicht gut geregelt ist, hört man immer wieder. Regiert das Verfassungsgericht zu stark mit – oder ist es umgekehrt so, dass sich Regierungen vor Entscheidungen drücken, indem sie diese dem Gericht überlassen? Und die Rolle des Föderalismus – ein politischer Dauerbrenner.

## Gesellschaft im Aufbruch

Nach der ungeahnten Stabilisierung in den 1950er Jahren erlebte die Bundesrepublik mit dem Beginn der 60er Jahre eine neue, eine ebenso unerwartete Dynamik. In der relativ kurzen Zeitspanne zwischen 1963 und 1974 wechselte insgesamt viermal die Kanzlerschaft. Schon allein dieser

Abg. Dr. Schmid (SPD): Meine Damen und Herren! Durch die Abstimmung, die wir in wenigen Minuten vornehmen werden, wird ein Gesetz beschlossen, durch das zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch über das Gebiet einzelner Länder hinaus die Deutschen sich eine Ordnung ihres staatlichen Lebens geben werden. Diese Ordnung wird der Bau<sup>riss</sup> für einen Notbau sein. Diese Ordnung wird nicht die Verfassung Deutschlands sein. Die Verfassung Deutschlands besteht vorderhand in nichts als in dem Plebiszit eines jeden Tages, <sup>4</sup> das nach den Worten Ernest Renan's die Nation <sup>vergegenwärtigt</sup> ist. Diese Verfassung besteht vorderhand in nichts denn in dem Bewusstsein eines gemeinsamen Schicksals, das die Deutschen bejahen, auch in dieser Zeit der Not und der Passion, in die unser Volk nicht ohne seine Schuld gekommen ist. Diese Verfassung besteht vorderhand in nichts anderem als in dem unerschütterlichen Willen aller Deutschen, trotz aller Schranken, die man zwischen ihnen aufgerichtet hat, sich als ein einziges Volk, als ein Staatsvolk zu fühlen.

(Bravorufe.)

Und diese Verfassung besteht vorderhand in nichts als in der Entschlossenheit der Deutschen, diese Phase der Nachkriegsgeschichte erst mit dem Tage als abgeschlossen anzuerkennen, an dem diese Einheit des deutschen Volkes ihren konstitutionellen Ausdruck in einer Verfassung gefunden hat, die aus dem freien Willen aller Deutschen hervorgegangen ist.

Dieser Notbau schafft kein politisch und im geschichtlichen Sinne selbständiges staatliches Gebilde. Um im Bilde zu sprechen: Es ist so, als ob man in einem zerstörten Hause drei oder vier Zimmer, aus denen dieses Haus besteht, einigermaßen bewohnbar gemacht habe; nur drei, weil höhere Gewalt es noch

00219

Manuskriptseite  
Plenarsitzung

Umstand zeigt, dass etwas in Bewegung geraten war. Konrad Adenauer, dessen Stern allmählich verblasste, wurde von dem eher glücklosen Ludwig Erhard abgelöst; auf ihn folgte der bisweilen unterschätzte Kurt Georg Kiesinger, und ab 1969 war Willy Brandt am Ruder, dessen Aufforderung „Mehr Demokratie wagen“ zum Signum einer Epoche wurde. Die christdemokratische Staatspartei verlor in diesem Zeitraum schrittweise ihre Hegemonie, sozialdemokratische und liberale Reformer zeigten neue Wege in der Innen- und Außenpolitik auf.

Doch auch in den großen Demokratien des Westens kam es in dieser Zeit zu tief greifenden Machtwechseln, der am meisten Aufsehen erregende war sicherlich derjenige in den Vereinigten Staaten: die Präsidentschaft des jungen John F. Kennedy, der Idealismus ausstrahlte und Reformen versprach. Der vielgenannte „Kennedy-Impuls“ drückt dies aus. Die politische Orientierung in der westlichen Welt und in (West-)Europa war in Bewegung geraten, und diese gesamtwestlichen Entwicklungen erreichten auch die Bundesrepublik.

Dem Jahrzehnt des Wiederaufbaus schloss sich eine Epoche an, die fast wieder wie ein kleines goldenes Zeitalter erscheint. Mit bisher nicht gekannter Dynamik ergänzten sich unterschiedliche Modernisierungstendenzen, deren Auswirkungen und Folgen unsere Gegenwart nach wie vor zu einem großen Teil prägen. Diese Entwicklung, diese Pluralisierung, konnte, und das war ihre Voraussetzung, auf der Stabilität der 50er Jahre aufbauen, darauf, dass die Institutionen sicher und funktionsfähig waren. Nun gewannen – häufig als Konsequenz innenpolitischer Konflikte, Affären, neuer Erfahrungen und deren Verarbeitung – politische und gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen in der Bundesrepublik an Gewicht. Innere Demokratisierung, der Wandel überkommener Wertorientierungen, Lebensstile und Mentalitäten im Generationenwechsel und -konflikt, eine Gesellschaft, die lernte, aber auch neue Fehler beging: All diese Aspekte bündeln sich in dem viel zitierten Wort einer „Gesellschaft im Aufbruch“<sup>14</sup>.

Der Veränderungswille ging mit einem nicht zu leugnenden Reformdruck einher, der sich im Wesentlichen aus fünf Entwicklungen ergab:

- dem Babyboom und der Bildungsexpansion,
- der Anwerbung von Gastarbeitern,
- den ersten ökonomischen Wachstumsstörungen,
- der Notstandsgesetzgebung, der Außerparlamentarischen Opposition und der 68-Bewegung, und last but not least
- der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Auf dem Feld der Außen- und Deutschlandpolitik fallen die Veränderungen zwischen 1961 und 1973 besonders stark ins Auge<sup>15</sup>. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter dem Bundeskanzler Willy Brandt seit 1969 war ebenso heftig umstritten wie Konrad Adenauers Westpolitik zu Beginn der 50er Jahre. Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit der Nation – dieses politische Ziel trieb nicht nur leidenschaftliche politische Kontroversen, dramatische Entscheidungen, sondern auch neue Identitätsdebatten hervor.

Die Ursprünge der Neuen Ostpolitik sind nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 zu suchen, der auf die Deutschen wie ein Schock wirkte. Berlin-Krise, Mauerbau und Kuba-Krise veränderten den Kalten Krieg, seine Hochphase flaute ab und mündete in eine Entspannungsperiode zwischen den Supermächten. Und dieser Gezeitenwechsel brachte die ungelöste deutsche Frage wieder auf das Spielfeld.

## Epochenwechsel

Der Ära der neuen Dynamik folgte seit 1973/74 ein Epochwechsel. Es begann die Periode der langfristigen Schwierigkeiten<sup>16</sup>. Der Ölpreisschock Ende des Jahres 1973 veränderte überall im Westen das politische, ökonomische und allgemeine gesellschaftliche Klima. In sämtlichen Industriestaaten ging angesichts der bis dahin größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg dem zum Teil sehr ehrgeizigen Reformvorhaben das Geld aus. Das „Goldene Zeitalter“ war zu Ende. Neue, bisher ungeahnte Probleme tauchten auf. Da die Reformpolitik in der Bundesrepublik im Wesentlichen über die Steigerung des Preises der Ware Arbeitskraft finanziert wurde, trug sie zur Verschärfung der aufkommenden struktu-

rellen Massenarbeitslosigkeit bei. Insofern hat sie ihre Prämisse – die Vollbeschäftigung als Vorbedingung für die wohlfahrtsstaatliche Politik zu wahren – selbst zerstört. Dass daraus gravierende Folgeprobleme resultierten, liegt auf der Hand.

Es entwickelte sich ein ganz neues Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“, ein banges Gefühl, dass die optimistischen Zukunftserwartungen zerbröseln könnten. „Ende der Fahnenstange“ und „Erschöpfung der Ressourcen“ stiegen zu Schlagworten des Jahrzehnts auf. Die bereits angeschlagene Weltwirtschaft geriet in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Schon bestehende Interdependenzen und die insgesamt kritische Lage der Weltökonomie förderten Verflechtungen – der globale Markt erfuhr eine neue Dynamik. Europa schien zunächst ins Hintertreffen zu geraten, das Wort von der „Eurosklerose“, einer europäischen Lähmung, machte die Runde, während die „Tigerstaaten“ in Asien, etwa Singapur, offenbar zum Sprung ansetzten. Doch seit Mitte der 80er Jahre wendete sich das Blatt. Ein neuer europäischer Schwung – den nicht zuletzt die Bundesregierung antrieb – basierte auf dem Projekt des europäischen Binnenmarkts. Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts ist somit durch einen internationalen Strukturwandel gekennzeichnet.

Angesichts der ersten und der zweiten Ölpreiskrise, die nach der islamischen Revolution im Iran 1979 ausgelöst wurde, angesichts von Rezession und Arbeitslosigkeit sowie der Bedrohung durch den mörderischen Links-Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“ standen seit dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler im Frühjahr 1974 nicht mehr Utopien und langfristige Zielvorgaben im Zentrum bundesdeutscher Politik, sondern Pragmatismus und Krisenmanagement. Statt Ausbau des Sozialstaats gab es nun Einschränkungen und Kürzungen. Eine Austeritätsepoche brach an: „Thatcherismus – benannt nach der konservativen englischen Premierministerin Margret Thatcher – und „Reagonomics“ – benannt nach dem republikanischen Präsidenten der USA Ronald Reagan – lauteten die neuen, neoliberalen Zauberformeln. Sie fanden in der Bundesrepublik jedoch nur gemäÙigte Nachahmung.

Seit der Mitte der 1970er Jahre machte sich eine gesellschaftliche, auch kulturelle „Tendenzwen-

de“ in Deutschland deutlich bemerkbar. Aufgrund der allgemeinen Verunsicherung setzten neue gesellschaftliche Suchbewegungen ein; sie betrafen Fragen nach der Zukunft des Sozialstaats ebenso wie Fragen nach Sinn, Identität und Lebensqualität in einer sich rasch verändernden, risikoreichen Zeit. Neue soziale Bewegungen erhielten Zulauf<sup>17</sup>. Besonders die Ökologiebewegung wuchs angesichts internationaler Umweltkatastrophen mächtig an, aber auch die Frauenbewegung und seit Anfang der 80er Jahre die Friedensbewegung. An vielen Orten und Ansatzpunkten entfalteten unzählige Bürgerinitiativen ihre Aktivitäten. Die bestehenden politischen Institutionen der Bundesrepublik erwiesen sich nach wie vor als stabil – sie waren viel gefestigter als in den anderen westlichen Industriestaaten –, doch verloren sie an exklusiver Bindungskraft.

Stürmische Veränderungen im Weltmaßstab erfassten die Gesellschaft und die Sozialkultur. Mikroelektronik, Massenkommunikationsmittel, Medialisierung vieler Lebensbereiche, dann Gentechnik und Biotechnologie führten zu neuen Stufen der industriellen Revolution. Hinzu trat ein weiterer „Megatrend“: Anhaltende soziale Differenzierungen und demografische Entwicklungen – berufliche Mobilität, Einwanderung, Verlängerung des Lebensalters, Rückgang der Geburtenraten – brachten gewachsene Sozialstrukturen in Bewegung<sup>18</sup>.

## Von Bonn nach Berlin

Wie ein erratischer Block ragt die Rückkehr der Nation in die allgemeine Entwicklungstendenz dieser Zeit hinein. Denn seit den 70er Jahren hatte sich die Bedeutung von Territorialität und Nationalstaat zugunsten von regionalen, europäischen und globalen Tendenzen reduziert. Außenpolitisch wird die Ära zwischen 1974 und 1989 einerseits umgrenzt vom Abflauen der Entspannungspolitik, der Anfang der 80er Jahre eine neue Eiszeit folgte; und andererseits vom Untergang des Kommunismus, von der Revolution des Staatensystems und der deutschen Wiedervereinigung seit 1989. Damit, mit der Wiedervereinigung und dem Kollaps des Ostblocks, gelangte ein ganzes Zeitalter zum Abschluss: die seit 1917 bestehende Epoche der Zweiteilung der Welt.

Wenige Jahre zuvor lag der sang- und klanglose Einsturz kommunistischer Diktaturen noch außerhalb jedes Vorstellungshorizonts. Dann stand plötzlich die Chance nationaler Einheit vor der Tür. Am Vorabend der „unverhofften Einheit“<sup>19</sup> schien es vielen, als habe sich die Bundesrepublik Deutschland nach 40 Jahren selbst anerkannt. Die Selbstzufriedenheit und die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wurden 1990 allerdings zum Problem: Man dachte, die deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlen und im Handumdrehen blühende Landschaften schaffen zu können<sup>20</sup>. Verzichtet wurde auf einen nationalen Blut-Schweiß- und-Tränen-Appell. Die Deutschen hatten mehr Glück als Vaterlandsliebe. Die Folgen erkennen wir heute.

Das Grundgesetz hat sich bei der deutschen Wiedervereinigung 1990 bewährt. Die hohe Wertschätzung der heutigen Bundesrepublik Deutschland in der Welt ist auch ein Resultat einer Hochachtung deutschen Rechts. Es ist paradox: Das Grundgesetz scheint in der Welt oft mehr geschätzt zu werden als bei uns zu Hause. Seine Väter und Mütter wünschten sich Deutschland als eine intensiv in die

internationale Ordnung eingebundene Demokratie. Eine der bemerkenswertesten Erfolgsgeschichten nach 1945 ist die europäische Integration<sup>21</sup>; die Deutschen haben am meisten Profit daraus gezogen. Deshalb ist es nicht klug, Grundgesetzpatrioten gegen Europapatrioten auszuspielen. Nach dem Vertrag von Maastricht 1992 ist Europa nicht mehr eine unsichtbare Nebenordnung, sondern ragt mit Macht in nationale Belange hinein. Der viel beklagte „Brüsseler Superstaat“ wird die bundesdeutsche Demokratie nicht marginalisieren. Aber die Grundrechte des Grundgesetzes können sich zu einer Art Reserveverfassung entwickeln für den nicht ganz unwahrscheinlichen Fall, dass grundrechtliche Kontrolle bei multilateralen Arrangements ins Hintertreffen gerät.

1989 war eine erfolgreiche Revolution, ein dramatischer Prozess der Selbstbefreiung. Die DDR darf nicht verharmlost werden, sie war ein Unrechtsstaat – Krippenplätze sind kein Maßstab zur Bewertung einer Diktatur, sondern Repression, Schießbefehl und politische Justiz. Die ostdeutsche Geschichte ist außerdem kein Eigentum der Ostdeutschen. Viele Ostdeutsche wie Westdeut-



Wahlkampf in Dresden vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Bundesarchiv, Bild 183-1990-0214-026 (Häßler)

sche pflegen gegenwärtig die Nostalgie ihrer vormaligen Eigenstaatlichkeit. Es ist regelrecht deprimierend, wenn auch 20 Jahre nach dem Mauerfall die kleinen realsozialistischen Nettigkeiten oder die Polikliniken oder das stille Glück im privaten Winkel gegen den Zwangscharakter der Diktatur, gegen Mauer und Stacheldraht ins Feld geführt werden. Humane Alltagsaushilfen können nicht als Zeugen gegen die Inhumanität des Systems bemüht werden.

Auch heute ist die Bundesrepublik eine reformfähige Wohlstandsgesellschaft wie nur wenige in der Welt. In schwierigen Zeiten hat sie und haben die Deutschen bisher nach innen wie nach außen die Balance gewahrt. Reformen beruhen auf Vertrauen. Es gab und gibt eine Politik des „mittleren Weges“<sup>22</sup>. Die Staatstätigkeit der Bundesrepublik und ihre Politikresultate, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, unterscheiden sich nach wie vor von denjenigen anderer Industriestaaten. Und zwar dadurch, dass sie sich zwischen zwei Polen bewegen – zwischen dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus.

## Ausblick

Die neue Bundesrepublik gewinnt somit insgesamt keineswegs mehr Ähnlichkeiten mit den Gesellschaften des Deutschen Kaiserreichs oder der Weimarer Republik, die von scharfen Bruchlinien und unversöhnlichen Konflikten durchzogen waren, dafür ist die Prägekraft des Bonner Modells insgesamt zu stark – aber sie hat sich den anderen großen westeuropäischen Demokratien, Großbritannien, Frankreich, Italien, angeglichen, die im Inneren weniger gleichförmig und ausbalanciert strukturiert sind. Im Vergleich mit diesen hat die heutige Bundesrepublik jene Anomalie verloren, die die Bonner Republik noch besaß. Diese Annäherung an die „Normalität“ anderer demokratisch gefestigter Länder ist keineswegs bedenklich, sie ist nur neu.

Fünf Dimensionen bereiten heute Sorgen: Erstens ist der föderative Zusammenhalt der Bundesrepublik problematischer geworden. Allerdings war eine wirkliche Föderalismusreform ein Dauerthema in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung.

Zweitens öffnet sich das Parteiensystem, weshalb das Wahlverhalten unberechenbarer wird. Aber das hatten wir mit der Entstehung der Grünen auch schon. Damit zusammen hängt drittens, dass Volksparteien und Koalitionsmuster an Verbindlichkeit verlieren. Viertens geht die sprichwörtliche Konsensorientierung verloren und macht einer medialen Konfrontation Platz. Ob dies allerdings nur negative Folgen hat, bleibt abzuwarten – auch nach 1949 standen sich Regierung und Opposition in klarer Alternative schroff gegenüber. Alles bündelt sich fünftens in einer zunehmenden politischen Unzufriedenheit. Die Unterstützung der demokratischen Ordnung lässt nach und nähert sich den geringeren europäischen Werten an<sup>23</sup>. Wenn es nicht beschwichtigend klänge, könnte man auch hier sagen: Die Deutschen sind „normaler“ geworden. Kurz und kritischer ausgedrückt: Die demokratischen Perspektiven werden riskanter.

Skeptiker meinen bereits wieder, dass die Bundesrepublik eine Schönwetterdemokratie sei, die ihre Zustimmung zur demokratischen Lebensform von der Effizienz von Markt und Staat abhängig macht. Dies war die Dauerprognose seit 1949; sie ist noch nie eingetroffen. Immer im Verlauf der Bundesrepublik wurde deutlich, dass die Deutschen nur dann zu Reformen bereit waren, wenn ihre Notwendigkeit vorher klar und deutlich beschrieben wurde. Demokratie braucht Vordenker, auch Vorprovozierer, sie muss Ambivalenzen ertragen, auch herausfordern. Demokratie und Wirtschaft benötigen Menschen, an denen sich die Gesellschaft orientieren kann. Dass allerdings Teilen der (wirtschaftlichen) Eliten kein Vertrauen mehr entgegengebracht wird, ist neu und bedrohlich für die Demokratie.

Historiker tun gut daran, mit Prognosen vorsichtig zu sein. Wer glaubt, zu wissen, wie sich der Lauf der Dinge entwickeln wird, bereitet schon den nächsten Irrtum vor. Aber wenn man sich Deutschland im Jahr 1945 vor Augen führt – ein Paria in der Weltgemeinschaft aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechenpolitik – und wenn man bedenkt, dass das Land eine vierzigjährige Teilung überstanden hat, dann nehmen sich heutige Probleme nicht mehr ganz so gewaltig aus. Umfragen zeigen, dass die Deutschen durchaus mit einem Gefühl der Dankbarkeit zurückblicken.

Aber Menschen leben nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und wollen eine Option für die Zukunft. „Wir haben Glück gehabt“: Das ist kein Wechsel auf die Zukunft. Der Erfahrungsraum muss mit dem Erwartungshorizont zusammengebracht werden. Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive verbinden sich. Insofern ist Geschichte immer auch Gegenwart und Zukunft. Jedes Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts gedeutet. Ohne historische

Erfahrung kommt eine Gesellschaft nicht aus. Geschichte zeigt uns nämlich, woher wir kommen – sie zeigt uns aber auch, was wir nicht mehr sind.

*Edgar Wolfrum*

---

Edgar Wolfrum (Jg. 1960), Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg, Studium in Freiburg i.Br. und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999, Stipendien des DAAD und der DFG, Vertretungs- und Gastprofessuren in Innsbruck und Mannheim

### Anmerkungen

- 1) Die Anmerkungen werden im Folgenden nur auf neueste Arbeiten und das Allernotwendigste beschränkt. Zum Grundgesetz: Christoph Möllers: Das Grundgesetz. Geschichte und Inhalt. München 2009; Christian Bommaris: Das Grundgesetz. Eine Biographie. Berlin 2009
- 2) Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen. München 1966
- 3) Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 3. Aufl. 2007
- 4) Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2009
- 5) Sabine Bode: Die deutsche Krankheit – German Angst. Stuttgart 2006.
- 6) Stefan Aust/Claus Richter/Gabor Steingart: Der Fall Deutschlands: Abstieg eines Superstars. München 5. Aufl. 2005
- 7) Hans-Peter Bartels: Die guten Deutschen. In: Berliner Republik 2, 2009, S. 43
- 8) Werner Abelshausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004
- 9) Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 76). München 1998; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009
- 10) Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5. Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990. München 2008
- 11) Norbert Frei: 1945 und wir. Das dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. München 2009
- 12) Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001
- 13) Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 4. Aufl. 2005; Ders.: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung. München 6. Aufl. 2005
- 14) Hermann Korte: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren. Frankfurt/Main 1987; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37). Hamburg 2. Aufl. 2003
- 15) Christian Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Berlin 2. Aufl. 2004
- 16) Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008
- 17) Dieter Rucht/Roland Roth (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main 2008
- 18) Andreas Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19 a). München 2004; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6). München 2006; Thomas Raithe/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernr.). München 2009
- 19) Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit. 1989–1990 (Edition Suhrkamp, Bd. 1877). Frankfurt/Main 1995
- 20) Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009; Gerhard A. Ritter: Der Preis der Deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2006; Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990. München 2009
- 21) Hartmut Kaelble: Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union. Stuttgart 2001
- 22) Manfred G. Schmidt: Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9/10, 1990, S. 23–31; Ders.: Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder (Beck'sche Reihe, Bd. 2371). München 2. Aufl. 2007
- 23) Claus Leggewie: Veröstlichung oder: Vom Zäsur- zum Differenzbewusstsein. In: Eckhard Jesse/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 24). Baden-Baden 2008, S. 15–25